

Kooperationsvereinbarung von Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU zur Unterstützung des Bürgermeisterkandidaten Martin Pavel Stand: 10.03.2026

Die drei Parteien verständigen sich auf eine gemeinsame politische Grundlage zur Unterstützung des Bürgermeisterkandidaten Martin Pavel. Ziel ist eine nachhaltige, transparente und zukunftsfähige Entwicklung der Stadt Wunstorf. Für zentrale Projekte sollen verbindliche Finanzierungs- und Zeitpläne mit Meilensteinen erstellt werden. Ein öffentlich zugängliches Umsetzungs- und Finanzmonitoring soll Transparenz schaffen und Verzögerungen nachvollziehbar machen.

Mobilität

Wunstorf soll seinen Beitrag zum Verkehrsentwicklungsplan der Region Hannover leisten. Geplant sind eine gerechtere Verteilung des Verkehrsraums z. B. zugunsten von Fuß- und Radverkehr, zügige Umsetzungen im Rahmen des Radwegekonzepts mit jährlichen festgelegten Investitionen, sowie die Unterstützung von Carsharing, Mieträdern und „Sprinti“. Für Steinhude ist ein sinnvolles Maßnahmenkonzept gegen Verkehrsüberlastung und für eine bessere Verkehrslenkung zu entwickeln und umzusetzen. Außerdem werden ein zentraler Mobilitätshub mit Ladeinfrastruktur sowie klare Regeln für E-Scooter angestrebt.

Flächenentsiegelung

Auf Basis eines Entsiegelungskatasters sind entsiegelbare Flächen systematisch zu identifizieren und – wenn möglich – zu entsiegeln. Auch Parkplätze und Verkehrsflächen sind hinsichtlich ihres Entsiegelungspotenzials zu überprüfen und sollten dann teilweise umgestaltet werden, etwa durch Grünflächen und/oder Photovoltaiküberdachungen.

Bezahlbares Wohnen

Angeichts eines angespannten Wohnungsmarktes ist insbesondere bezahlbarer Wohnraum zu schaffen und das Mietangebot zu vergrößern. Priorität haben die Entwicklung des VION-Geländes und des Ketteler-Geländes. Flächensparen hat dabei hohe Bedeutung: Baulücken sollen geschlossen, Brachflächen reaktiviert und Leerstände genutzt werden. Neubauten auf der „grünen Wiese“ soll nur erfolgen, wenn innerstädtische Potenziale ausgeschöpft oder nicht realisierbar sind.

Biodiversität und Stadtgrün

Zum Schutz der Artenvielfalt wird eine Biodiversitätsstrategie für städtische Grünflächen angestrebt. Dazu ist ein Biodiversitätsmanagement einzurichten. Maßnahmen umfassen naturnahe Gestaltung von Flächen, Begrünung von Fassaden und Dächern, Hilfe zur Umgestaltung von Schottergärten, Baumpflanzungen sowie eine Baumschutzsatzung für ortsbildprägende Bäume im öffentlichen Raum.

Grünflächen und Naherholung

Der Grüngürtel entlang der Alten Südaue mit Jahnplatz ist zeitnah als „grüne Lunge“ der Stadt aufzuwerten. Ziel ist einen attraktiven Naherholungsraum zu schaffen, wobei der Jahnplatz als frei zugängliche Sportfläche erhalten bleiben soll.

Entschlammung des Steinhuder Meeres

Hier bietet die Stellungnahme der Stadt eine hervorragende Vorlage für das weitere Vorgehen. Die Stadt muss Druck ausüben auf die Region, das ARL (Domänenverwaltung) und das NLWKN.

Bürgerbeteiligung und kommunale Vorreiterrolle bei der der Energiewende

Die Stadt soll Bürgerenergieprojekte unterstützen, etwa durch zeitnahe Bereitstellung kommunaler Dachflächen für Photovoltaik sowie Förderung von Mieterstrommodellen. Bei der Stadt ist ein Kommunales Energiemanagement bei den städtischen Einrichtungen einzuführen, städtische Gebäude sind mit PV-Anlagen auf den Dächern auszustatten und die Heizungstechnik sukzessive auf Wärmepumpen umzustellen.

Innenstadtentwicklung (ISEK)

Die Fußgängerzone soll behutsam weiterentwickelt werden (Stichwort Phase 0). Maßnahmen sollen nachhaltige Baustoffnutzung, mehr Grünflächen und den Erhalt bestehender Bäume berücksichtigen. Gewerbetreibende sollen eng eingebunden und bei längeren Bauphasen gegebenenfalls unterstützt werden.

Wirtschaft und Arbeit

Die Wirtschaftsförderung soll stärker auf Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung ausgerichtet werden. Netzwerke, Energieeffizienzprogramme und Initiativen wie das Repair-Café sollen unterstützt werden.

Finanzen

Trotz angespannter Haushaltslage sollen wichtige Zukunftsinvestitionen – insbesondere in Bildung, Klima- und Klimafolgenanpassung sowie Infrastruktur – priorisiert werden. Eine strikte „schwarze Null“ wird nicht angestrebt, wenn notwendige Investitionen dadurch verhindert würden. Z. B. Ganztagschulbau.

Bildung und Soziales

Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagschule muss beschleunigt werden. Die Erweiterung der Paul-Moor-Schule wird soweit möglich unterstützt. Außerdem werden Jugendeinrichtungen unterstützt, öffentliche Begegnungs- und Bewegungsangebote ausgebaut und barrierefreie öffentliche Toiletten eingerichtet – z. B. in Steinhude als Toilette für Alle.

Bürgerbeteiligung und Transparenz

Zur Stärkung der Demokratie sollen Instrumente wie Bürgerräte (oder andere Beiräte) und Bürgerbudgets geprüft werden. Livestreams von Rats- und Ausschusssitzungen sind einzuführen und öffentlich zugängliche Monitoring-Systeme für Anträge und Projekte einzurichten.

Verwaltung und Sicherheit

Die Verwaltung soll modernisiert, digitalisiert und organisatorisch weiterentwickelt werden. Zudem sollen Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung, Zivilschutz und Krisenvorsorge geprüft werden.

Grundsätze

- keine zusätzliche Flächenversiegelung ohne Ausgleich (1:1-Entsiegelung)
- keine neuen Straßen außerhalb von Wohn- und Gewerbegebieten
- Nebenstraßen im kommunalen Besitz werden zu 30-Zonen, wenn von Anliegern gewünscht und von der Polizei befürwortet
- Radwege bekommen mehr Verkehrssicherheit
- möglichst keine Baumfällungen im öffentlichen Raum, außer sie dienen der Verkehrssicherungspflicht
- Stadtverwaltung übernimmt Vorbildfunktion bei Klimaschutz und Energiewende
- keine Zusammenarbeit oder Absprachen mit der AfD

Die Vereinbarung verfolgt insgesamt das Ziel, Ökonomie, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Entwicklung und transparente Bürgerbeteiligung in der Stadtpolitik miteinander zu verbinden.

Die Unterzeichnenden:

Steinhude im März 2026

Martin Pavel
(CDU)

Daniel Farnung
(FDP)

Anne Dalig
(B90/DieGrünen)

Reinhard Hüttermann
(B90/Die Grünen)